

Aber kann die „moralische Kluft“ zwischen Kontrazeption und *Zeitwahl* durch den Faktor Zeit so ohne weiteres plausibel gemacht werden? Natürlich ist die „Dimension der Zeit“ ein grundlegender anthropologischer Faktor auch zwischenmenschlicher Beziehungen. Aber wie sich daraus verbindlich und zwingend auf die Notwendigkeit der *Zeitwahl* schließen läßt, wird nach unserem Empfinden auch in dem Brief nicht einsichtig. Läßt sich überdies so einfach übersehen, daß biologische und psychologische Zeit im Rhythmus der Frau nicht synchron sind? Der Bonner Internist *August Wilhelm von Eiff* hat in einem Papier, das auch im Umkreis der Bischofssynode eine Rolle spielte, noch einmal nachdrücklich auf diesen Umstand aufmerksam gemacht (vgl. HK, November 1980, 582). Es ist interessant, daß Ratzinger zwar die Demographie-Studie von *Arthur McCormack* (vgl. HK, September 1980, 455–462) ablehnend zitiert, aber die Position von *Eiffs*, die in Deutschland medizinisches und moraltheologisches Gemeingut ist, in seinem Brief mit keinem Wort erwähnt.

Doch vielleicht weist ein anderer Sachverhalt den Weg zu einer Verständigung. In dem Brief des Kardinals kehren relativ häufig Hinweise auf „die technische Welt“ wieder, und zwar in einem deutlich abwertenden Sinne. Die *Technik* erscheint geradezu als Gegenwelt des Moralischen, wenn z. B. festgestellt wird, moraltheologisch – so Ratzinger – werde deutlich, daß uns die Schöpfung als Menschen moralisch etwas zu sagen hat, genau das aber wolle die technische Welt nicht, da für sie Natur nur beherrschbares Material für den Menschen sei und sonst nichts. Es wird wohl erst dieses Problem der „technischen Welt“ insgesamt kirchlich bewältigt werden müssen, bevor es zu einer sachgerechten Beurteilung technischer Mittel und Eingriffe in einem so sensiblen Bereich zwischenmenschlicher Beziehungen wie der Sexualität kommt. Vielleicht kann auch erst dann der gegenwärtig gerissene Gesprächsfaden zwischen Bischöfen und Moraltheologen wieder aufgenommen werden. Man kann es nur begrüßen, daß der Münchner Kardinal dafür wenigstens das Stichwort geliefert hat.

D. S.

Schweiz: Zwischenbilanz zu den Jugendunruhen

Die Jugendunruhen, die in der Nacht vom 30. auf den 31. Mai 1980 im Anschluß an eine Demonstration gegen die aufwendige Opernhausrenovation in Zürich ausgebrochen waren, in der Folge auf andere Städte übergreifen und mit den Ausschreitungen in der Zürcher Innenstadt am Heiligabend einen Höhepunkt erreicht hatten, gehören zu den wichtigsten innenpolitischen Ereignissen der Schweiz im vergangenen Jahr. Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen, die Probleme der Jugend zu erkennen und zu analysieren und zu Themen der eidgenössischen Politik aus dem Gesichtswinkel der Jugend Stellung zu nehmen hat, war deshalb gut beraten, sich mit den Hintergründen dieser Ereignisse, mit den Problemen hinter den

Jugendunruhen, mit der Neuen Jugendbewegung auseinanderzusetzen. Ein Ergebnis dieser Auseinandersetzung sind die „Thesen zu den Jugendunruhen 1980“, anlässlich deren Veröffentlichung der Kommissionspräsident, der Genfer Liberale *Guy-Olivier Segond* erklärte, „diese Jugendlichen bringen jenseits von Gewaltakten, Beschädigungen, Verhaftungen, Gerichtsverfahren die Frustration von Minderheitengruppen in der Welt der Erwachsenen zum Ausdruck, einer durch soziale Rücksichtnahmen, durch ein bestimmtes Kulturverständnis, durch materiellen Wohlstand zusammengehaltenen Welt. Diese Bewegung von eher geringer quantitativer Bedeutung darf indessen im qualitativen Bereich nicht unterschätzt wer-

den. Die Jugendlichen sind sehr sensible Gradmesser für Probleme der ganzen Gesellschaft.“

So versuchen denn auch die Thesen in einem ersten Teil zu verstehen, was die unruhigen Jugendlichen bewegt; dabei gehen sie von den Stichworten „radikale Minderheiten“, „Ziellosigkeit“, „Sprachlosigkeit“ und „Gewalt“ aus. Die *Probleme der radikalen Minderheiten*, die die Jugendunruhen ausgelöst haben, sind die Probleme auch „vieler anderer Jugendlicher“. Die Neue Jugendbewegung ist nicht ziellos, ihre Ziele sind im Unterschied zur 1968er Bewegung „nicht rational und ideologisch abgeleitete Ziele, sondern vorwiegend emotionale, wenig bestimmte Vorstellungen von einer Welt ohne gesellschaftlichen, staatlichen und wirtschaftlichen Druck“. Auch sprachlos ist diese Jugendbewegung nicht, sie bedient sich bloß vielfältiger anderer Ausdrucksformen, so daß ihre Sprachverweigerung von den Thesen „Gegensprache“ genannt wird, Sprache beispielsweise gegen jene Sprache, „mit der die Jugendlichen zur Einordnung und Anpassung angehalten werden“. Und schließlich verurteilen die Thesen „Gewaltanwendung in jeder Form“, warnen aber eindringlich davor, „in der Gewalttätigkeit bloß Selbstzweck oder Zerstörungswut jugendlicher Extremisten zu sehen“. Die Kommission „glaubt auch nicht an die ‚Drahtziehertheorie‘, wenn damit gemeint ist, daß professionelle Manipulatoren die gewaltsamen Ereignisse der Jugendunruhen ausgelöst haben. Allerdings gibt es ‚Trittbrettfahrer‘, die versuchen, die Unruhen zu ihren kriminellen und teilweise auch politischen Zwecken zu mißbrauchen.“

Im zweiten Teil skizzieren die Thesen *Ursachen der Unruhen*. Als erste Ursache wird die Einschränkung von Toleranz und liberalem Pluralismus in unserer Gesellschaft genannt. „Grenzen findet der Pluralismus nicht nur in der Rechtsordnung, die zunehmend enger und kleinmaschiger wird. In den meisten Lebensbereichen, von der Wirtschaft bis zum Straßenverkehr, wird der Spielraum zur individuellen Entfaltung eingeschränkt... Anstelle eines echten Pluralismus sind immer

mehr sogenannte Sachzwänge getreten, hinter denen sich ein starkes Normdenken verbirgt, ausgerichtet auf materiellen Wohlstand, auf Effizienz und auf Anpassung.“ Andererseits interessiert man sich in unserer pluralistischen Gesellschaft nicht mehr für den andern, was zur Isolation führt, die durch „die städtisch-industrielle Lebens- und Arbeitsweise noch unterstützt“ wird. Eine zweite Ursache ist die Gewalt in unserer Gesellschaft: „Wir lernen, daß es neben der illegitimen auch legitime und legale Gewalt gibt, daß Ruhe, Ordnung und Unabhängigkeit notfalls mit Gewalt aufrechtzuerhalten sind.“ Die Gewalt insbesondere auch im Leben gewalttätiger Jugendlicher, insofern sie, „und zwar als Opfer, in besonderem Maß Gewalt erlebt und dabei erfahren haben, daß man damit etwas erreicht“. Als weitere Ursache wird die zum Beispiel durch die *berufliche Überbeanspruchung des Vaters* oder durch die Wohnsituation überforderte Familie angesprochen. „Ein großer Teil der Jugendlichen stammt aus solchen überlasteten und von daher mehr oder weniger verborgen gestörten Familienverhältnissen.“ In diesen Zusammenhang stellt die Kommission auch die intakte Familie, die „dem Heranwachsenden nicht mehr genügend Möglichkeiten zur sozialen Entwicklung bietet, weil sie zu klein ist“. Wenn dann die äußeren Voraussetzungen für den notwendigen Umgang mit Gleichaltrigen – Betätigungsmöglichkeiten in der Freizeit, Freiräume, geeignete Lokalitäten – fehlen, „kann sich dies ebenso verhängnisvoll auswirken wie das Fehlen familiärer Geborgenheit“. Dazu kommt, daß den Versuchen neuer Formen intensiven Zusammenlebens mißtraut wird. „Im Unterschied zur Familie erfahren solche Versuche nicht einmal Förderung mit guten Worten, sie werden im Gegenteil erschwert, indem sie auf Unverständnis und Ablehnung stoßen – ganz abgesehen von der Schwierigkeit, Häuser und Wohnungen zu finden, die sich dafür eignen.“

Als weitere Ursache wird die *wirtschaftliche und politische Entwicklung* namhaft gemacht. „Kindheit und Jugend der heute Zwanzigjährigen fallen

in die sechziger und ersten siebziger Jahre, also in eine Zeit wirtschaftlicher Blüte, in der alles machbar schien... Ausgerechnet auf den Zeitpunkt der Pubertät und des Übertritts in die Arbeitswelt, ausgerechnet auch in die Zeit der Integration in die Erwachsenenwelt brach dann die wirtschaftliche Rezession.“ Diese beschränkte die Freiheit in der Wahl von Beruf und Arbeitsplatz und brachte so eine große Enttäuschung. Aber „auch von politischen Reformvorstellungen und -versprechungen ist wenig übriggeblieben“. Als fünfte Ursache wird erklärt, daß neben der staatlich subventionierten Elitekultur und der kommerzialisierten Massenkultur der Unterhaltungsindustrie die Bedürfnisse nach kultureller Betätigung in die Subkultur abgedrängt werden. So „können sie sich erstens nicht genügend entfalten, denn die Subkultur ist auf sehr enge Räume und Kreise beschränkt und leidet bei aller scheinbaren Romantik unter dem Druck, nicht akzeptiert zu sein. Zweitens besteht die Gefahr, daß sie im Ghetto zu einer Aggressivität auswachsen, die weit gefährlicher sein kann als die bisherigen Demonstrationen.“ Und schließlich wird der Anteil an pubertärer Auflehnung bei den derzeitigen Unruhen bedacht.

Nicht zur Sprache gebracht werden die Motive der „Trittbrettfahrer“, weder die Ideologien und Absichten der zu allem entschlossenen politischen Radikalen noch der Anteil an Kriminalität oder Zerstörungswut. Zudem wollte die Kommission die wirklich unzufriedenen Jugendlichen nicht nur verstehen – zuviel Verständnis aufgebracht zu haben, wurde der Kommission von seiten der bürgerlichen Presse dann auch vorgeworfen –, sondern der Gesellschaft einen Spiegel vorhalten, Sprachrohr der Jugendlichen sein und der Gesellschaft eine Botschaft bringen, die eine Diskussion auslöst. Das Gesellschaftsgemälde der Thesen ist dementsprechend auch mit starken Farben gezeichnet.

Nicht untersucht bzw. statistisch nicht erhoben wurde die Herkunft und die soziale Schichtung der unruhigen Jugendlichen; der hohe Anteil an Ausländern und Schweizern, die von auswärts nach Zürich gekommen waren,

unter den im Zusammenhang mit den Ausschreitungen von der Polizei festgenommenen gibt bestimmt ein einseitiges Bild. Die von der Kommission und von Radio DRS in Auftrag gegebene „Bestandsaufnahme der sozialen und psychologischen Hintergründe der Neuen Zürcher Jugend-Bewegung“, die zur Veröffentlichung nicht frei ist, gibt allerdings einige Anhaltspunkte. So dürfte gegenüber den 1968er Unruhen der Anteil der Arbeiterjugend und der jungen Erwachsenen größer geworden sein. Wenn man die Publikationen der Bewegung anschaut, etwa die 28 Seiten Text, Bild, Grafik, Comics und Karikatur ihres „Subito“, hat man es aber wieder gar nicht mit sprachlosen bzw. spracharmen Lehrlingen oder Jungarbeitern zu tun. Andererseits fand der Seelsorger des Bistums Chur, zu dem Zürich gehört, über die Beschäftigung mit den Jugendunruhen einen Zugang zur Lebenswelt der jungen Arbeiter. Die spezifischen Nöte arbeitender Jugendlicher seien erst jetzt so richtig als Problem in das Bewußtsein der Seelsorger gehoben worden, wurde nach der Herbsttagung des Seelsorgerates erklärt.

Im dritten Teil der Thesen macht die Kommission auf *Fehlreaktionen*, Fehlinterpretationen und mögliche Fehlentwicklungen aufmerksam. Sie warnt dabei vor allem vor den Gefahren der Vereinfachung, der Bagatellisierung, der Repression, der Ghettoisierung, der parteipolitischen Vermarktung und der Verdrängung von Zukunftsangst. Hier ist ausschließlich von den Gefahren die Rede, denen die Erwachsenen begegnen müssen. Wo von der Gefahr der Repression die Rede ist, gibt die Kommission zu bedenken, „daß dann, wenn – in gewissem Sinn aus Notwehr – die Rechtsordnung verletzt wurde, ein ausschließliches Beharren auf den geltenden Regelungen nicht weiterführt“, und sie plädierte, daß nicht allein der Rechtsstandpunkt vertreten, sondern auch auf die Motive eingetreten werde, die zur Gewaltanwendung geführt haben. Auf diesen Passus, vor allem auch auf den Begriff der Notwehr in diesem Zusammenhang, wurde von einem Teil der bürgerlichen Presse zum Teil

unwirsch reagiert (NZZ vom 6./7. Dezember 1980: „Zu enge und einseitige Optik“).

Als ersten Ausblick schließlich bezeichnet die Kommission die im vierten Teil zusammengestellten Ansätze zu einer *offenen Jugend- und Gesellschaftspolitik*. Dabei beschränkt sich die Kommission auch hier auf die Jugendunruhen bzw. die Neue Jugendbewegung. So empfiehlt der erste Vorschlag, die positiven Ansätze der Jugendbewegung zu stärken, auf politischer Ebene „die ganzen Jugendunruhen als legitime politische Äußerung zu akzeptieren, die Jugendlichen in der Weise, wie sie sich nun einmal anbieten, als Gesprächspartner ernst zu nehmen und sich auf einen langfristigen Dialog einzulassen, in Formen, die von beiden Seiten erst (oder wieder) gelernt werden müssen“. Mit den aktivsten unter den unruhigen Jugendlichen könne der Dialog nur weitergeführt werden, „wenn man vorübergehend

darauf verzichtet“, wenn man ihnen für eine Übergangszeit „einen Freiraum gewährt, in dem sie sich in Ruhe finden und ihre Vorstellungen von Autonomie und Anarchie ausprobieren können“. Daß in dieser Zeit der Dialog wiedergefunden werden kann, setzt voraus, daß „wir auf die Anliegen und Äußerungen der Jugendlichen besser hören lernen und ihnen andererseits helfen, sich so auszudrücken, daß das Mißverständnis nicht geradezu einprogrammiert ist“. Auf Provokation sei nicht mit Gegenprovokation oder Verhärtung zu reagieren, man müsse hinter das zu blicken versuchen, was vordergründig in Erscheinung tritt. „Vor Verhärtung muß man allerdings auch jene Jugendlichen warnen, die auf der Dialogverweigerung beharren, wo echte Verständnisbereitschaft vorhanden ist.“ Und schließlich seien die gesellschaftskritischen Anliegen der Jugendlichen aufzunehmen, die von der Kommission als Wider-

stand gegen den „Verlust von Lebensqualität“ verstanden werden. Spätestens hier stellt sich die Frage, ob die damit angezeigte *Sinn- und Orientierungskrise* nicht doch deutlich hätte angesprochen werden müssen. Weltanschauung und Religion kamen wohl auch deshalb nicht zur Sprache, weil sich die Kirchen bei den Jugendunruhen praktisch bis vor Weihnachten zurückgehalten haben. Erst in letzter Stunde hatten sie einen ehrlichen Versuch zur Vermittlung unternommen, für den es dann aber doch zu spät war. Für die allgemeine kirchliche Jugendarbeit wären die unruhigen Jugendlichen ohnehin eine zu große Belastung, haben doch die Kirchen mit vielen „integrierten“ Jugendlichen, mit Jugendlichen, die Anschluß gefunden haben, bereits ihre Mühe. In der römisch-katholischen Kirche bemüht man sich allerdings erfreulicherweise gerade um neue Kommunikationsstrukturen. R. W.-Sp.

Entwicklungen

Die Dritte Entwicklungsdekade

Dialog oder Konfrontation zwischen Nord und Süd?

Als die Vereinten Nationen im Jahre 1960 die Erste Entwicklungsdekade proklamierten, standen die sogenannten Entwicklungsländer im Vordergrund der von Optimismus und Fortschrittsglaube geprägten Programme. 20 Jahre später, an der Schwelle zur Dritten Entwicklungsdekade, besteht kein Zweifel: Das Problem der Entwicklung ist weltweit geworden; als „soziale Frage unseres Jahrhunderts“ betrifft es die ganze Menschheit. Unsere Welt ist eine für das Überleben aller Menschen und Völker notwendige Beziehungseinheit, ohne jedoch eine Handlungseinheit zu sein. So stellt sich dem internationalen System von Nationalstaaten die beunruhigende Frage, ob es politischem Handeln gelingen wird, die wechselseitige Abhängigkeit auf friedlichem Weg und zum Wohl aller zu gestalten.

„Mit dem Auslaufen der siebziger Jahre“, so beschreibt die Weltbank in ihrem Weltentwicklungsbericht 1979 die Situation, „wird die Interdependenz der Weltwirtschaft zunehmend deutlich. Internationaler Handel, Kapitalbe-

wegungen und Entwicklungen im Energiebereich sind Fäden im Netz wirtschaftlicher Verbindungen und gemeinschaftlicher Interessen, die die Nationen miteinander verknüpfen. Der Riß einer dieser Fäden gefährdet zugleich den Bestand unserer Verbindungen... Die internationale Gemeinschaft steht vor der Herausforderung, weitsichtige wirtschaftspolitische Initiativen zu ergreifen, um die grundlegenden gemeinsamen Interessen zu verwirklichen und sie vor schlechtberatenen Schritten auf der Jagd nach kurzlebigen Gewinnen zu bewahren“ (S. 133).

Die Situation an der Schwelle zur Dritten Entwicklungsdekade

Zwei Jahrzehnte der Entwicklungspolitik vermochten wenig. Die Fakten der sozioökonomischen Lage in der Welt zeigen *wachsende ökonomische Ungleichheiten* zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, gleichzeitig